

Kantonsrat

Art des Vorstosses:

Interpellation

Wirtschaftsfreiheit und Schweizer KMUs

Fragen:

- 1. Wie beurteilt der Regierungsrat die rechtlichen Grundlagen, die Garagisten und anderen KMU-Händlern in Obwalden zur Verfügung stehen, um sich gegen die Beschränkung ihrer Wirtschaftsfreiheit durch ausländische Konzerne zu wehren?
- 2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Rechtsanwendung der kantonalen Zivilgerichte und der Wettbewerbskommission bei unzulässigen Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen (Art. 4 Abs. 2 / Art, 7 KG)?
- 3. Das deutsche Bundeskartellamt hat im Früh-Sommer 2019 Amazon angewiesen die Gerichtsstandsklauseln so abzuändern, dass Händler die Möglichkeit haben, am eigenen Sitz gegen das marktbeherrschende Unternehmen vorzugehen. Erachtet der Regierungsrat es auch für das hiesige Gewerbe wichtig, dass die KMU bei Marktmachtmissbrauch des Herstellers / Importeurs am eigenen Sitz (in casu: in OW) klagen können?
- 4. Wie trägt die kantonale Förderung des Wirtschaftsstandortes Obwalden der laufenden Marktkonzentration in den verschiedenen Branchen, insbesondere mit Blick auf eine nachhaltige wirtschaftliche Weiterentwicklung von KMUs im Automobilbereich zum Vorteil von Arbeitnehmern und Konsumenten, Rechnung?

Begründung:

Internationale Grosskonzerne bestimmen immer mehr unser Leben. Sie stellen die Produkte im Ausland her, der Vertrieb ist international organisiert und in der Schweiz findet schliesslich der Verkauf durch Unternehmen statt, die mit dem Konzern verbunden sind. Von dieser vertikalen Integration ist in erster Linie das lokale Gewerbe gefährdet. Diese Schweizer KMU werden von Konzernstrukturen aus dem Markt gedrängt (etwa durch Lieferverweigerungen). Ausserdem verlieren Schweizer Arbeitnehmer ihre Jobs bei den lokalen KMU.

Dramatische Entwicklung

In den letzten Jahren hat sich die Entwicklung erheblich verstärkt: Internationale Unternehmen auf Herstellerstufe versuchen immer mehr direkt als Grosshändler oder als Verkäufer gegenüber dem Schweizer Konsumenten aufzutreten. Aktuell zeigt sich diese Entwicklung in der Innerschweiz im Automobilbereich. Die Gross-Konzerne kündigen langjährigen Familienunternehmen und ersetzen sich durch eigene Händler, die sie direkt oder indirekt kontrollieren. Im Ergebnis schöpfen die Konzerne auf der ganzen Wertschöpfungskette die Margen ab.

Dringender Handlungsbedarf

Hersteller (z.B. von Automobilen) sind nicht wie bisher Lieferanten des lokalen Gewerbes (z.B. ortsansässiger Garagen), sondern dessen direkte Konkurrenten (beim Vertrieb). Im Verdrängungswettbewerb beschränken die ausländischen Grosskonzerne die Wirtschaftsfreiheit des Innerschweizer Gewerbes, indem sie die Belieferung von CH-KMUs verweigern; Geschäftsbedingungen einseitig festlegen oder Einkaufspreise für das lokale Gewerbe so ansetzen, dass es mit den vertikal integrierten internationalen Unternehmen nicht konkurrieren kann.

Urheber: 12. September 2019 Benno Dillier Mitunterzeichnende: